

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt

Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen des Gemeinderates zu Ottendorf-Okrilla.

Mit den Beilagen „Neue Illustrierte“, „Mode und Heim“ und „Der Kobold“.

Schriftleitung, Druck und Verlag Hermann Rühle, Ottendorf-Okrilla.

Anzeigen werden an den Geschäftsstellen bis 10 Uhr in die Geschäftsstelle erbeten. Die Festschreibung der Anzeigen erfolgt bei eintretender Änderung eines Nummernvorher bekanntgegeben. Jeder Anspruch auf Nachdruck ist nur bei der Anzeigen-Entscheidung durch Klage im Wege der Konkurs gerichtlich.

Gemeinde - Giro - Konto Nr. 138.

Nummer 60

Mittwoch, den 18. Juni 1924

23. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Auszahlung

Der Sozial- und Kleinrentner-Unterstützung.

Die Auszahlung der Unterstützung an die Sozial- und Kleinrentner findet am

Donnerstag, den 19. Juni vorm. 11—12 Uhr im Rathaus statt.

Ottendorf-Okrilla, den 16. Juni 1924.

Der Bürgermeister.

Fuhren-Vergebung.

Die Abfuhr von Kies aus der fortstehenden Kiesgrube nach der Kadeburgerstraße und Ostteil Gumnitzdorf soll an die Mindestfordernden vergeben werden. Angebote sind bis zum 19. d. Ms. im Rathaus — Kasse — abzugeben. Neben ist mit zu übernehmen.

Ottendorf-Okrilla, den 16. Juni 1924.

Der Bürgermeister.

Vertikales und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, den 17. Juni 1924.

— Briettaubensport. Der zweite diesjährige Wettflug am Sonntag, 15. Juni der Reiservereinigung der Briettaubensportvereine in Dresden u. Umg. verlief trotz stürmischen Wetters recht zufriedenstellend. Die Tauben wurden früh 10 Uhr in Stendal aufgelassen. Die ersten trafen mittags 12 Uhr ein, brachten also zur Juridierung der 217 km langen Flugstrecke nur 2 1/2 Stunden. Das ergibt eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 85,68 km. An Briefen erhielten: Dresden 1., 18., Böhle-Dresden 2., 6., 20., Göbe-Dresden 3., 5., 14., 16., Beutling-Birna 4., Hörnig-Heidenau 7., 12., Kuhle-Dohna 8., 15., Freimuth-Weinöhlitz 9., Schachtel-Dohna 10., 13., Schachtel-Heidenau 11., Poppe-Ottendorf-Okrilla 17., 19., 21. Preis.

— Gebieten dürfen im Kleinhandel nur dann in Schaufenstern an das Publikum abgegeben werden, wenn der Verkäufer das Bruttogewicht deutlich und augenfällig auf den Schaufenstern angegeben hat. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 30 Goldmark oder mit Haft bis zu 10 Tagen bestraft werden.

— Die Vertreter des sächsischen Hausbesitzes waren vom 13. bis 15. Juni in Jittau versammelt, um auf einem ordentlichen Verbandstag Stellung zu den Fragen der Wohnungswirtschaft zu nehmen. Die Tagung gipfelte in einer von 1000 Personen besuchten öffentlichen Versammlung. Zwei Reichstagsabgeordnete, Dr. Rühl-Dresden und Lude-Schmitt, Vertreter sächsischer bürgerlicher Landtagsfraktionen, Amtshauptmann Dr. Richter für das Wirtschaftsministerium, Oberbürgermeister Zwingerberger und Bürgermeister Kolbenburg für die Stadt Jittau, ferner Vertreter des Verbandes der Bauverwalter, des Landesauschusses des sächsischen Hausbesitzes usw. waren als Ehrengäste erschienen. Auch der Verband der nordböhmerischen Hausbesitzervereine hatte einen seiner Führer entsandt. Der Verbandsvorsitzende, Rechtsanwalt Kohnmann, Dresden, begründete die Erschienenen und erklärte dann die Lage des sächsischen Hausbesitzes. Der sächsische Finanzminister habe im Landtag zugeben müssen, daß die Mieten in Sachsen die niedrigsten in ganz Deutschland seien. Was das bedeute, sei aus einer Entschädigung des Berliner Grundbuchamtes zu ersehen, das erklärt habe ein Grundstück habe nicht nur keinen Wert für seinen Besitzer mehr, es bedeute für diesen sogar einen Schaden in finanzieller und gesundheitlicher Hinsicht. Wenn die Verhältnisse, so führt der Redner fort, in Sachsen nun ganz analogem Maße schlimm liegen, so ist dies eine Folge davon, daß das Justizministerium die Mietpreisbildung regelt, eine Preisobergrenze, die nach formal-juristischen, nicht aber nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten entscheidet. Die Mietregelung ist Sache des Wirtschaftsministeriums, denn was wir betreiben ist Boden und Hauswirtschaft. Wir wollen, daß das Wohnungsbedürfnis des deutschen Volkes wieder auf privatrechtlichem Wege geregelt werde, nicht durch Zwangsmaßnahmen. Die Wirtschaft läßt sich nun einmal nicht in Paragraphen einspannen. Das freie Spiel der Kräfte entwickelt immer neue ungeahnte Lösungen; bürokratischer Zentralismus ertötet. Diese Einsicht ist es, mit der wir vor das deutsche Volk treten. Dann ergriß Reichstagsabgeordneter Bürgermeister Dr. Rühl das Wort zu einem

bedeutungsvollen Vortrage über Hausbesitz und Realkredit. Dr. Rühl stellte zunächst allgemeine Fragen der Wohnungsgesetzgebung. Die Entwicklung des Hausbesitzes sei in der Periode der großen wirtschaftlichen Umwälzung unseres Volkes seit 1918 darum unglücklich gewesen, weil einmal die Konjunktur seit 1914 unübersehbar geworden war und weil andererseits einseitige wirtschaftliche und politische Auffassungen maßgebenden Einfluß auf die Regelung des Wohnungswesens erlangten. Fragen des Hausbesitzes seien aber keine Fragen reaktionärer politischer Richtungen, sondern sie gingen das ganze Volk an. Und ob man nun Sozialist oder Kommunist sei, aus dem Glauben der jetzigen Wohnungswirtschaft müßten wir heraus, nicht durch leidenschaftliche Stellungnahmen, sondern durch nüchterne Vornahme des Zweckmäßigen. Dazu gehöre, daß das Unorganische aus der geltenden Wohnungsgesetzgebung verschwinde. Wir verwechselten immer Gesetzgebung und Verwaltung miteinander; jene dürfe nur den Rahmen für diese abgeben, aber die Sache dürfe doch nicht so weit gehen wie beim Reichsmietengesetz, das in den einzelnen Ländern nahezu entgegengesetzt durchgeführt werde. Was die Zwangswirtschaft angehe, so hätte man dieser, um ihr Ziel richtig zu bezeichnen, lieber den Namen Planwirtschaft geben sollen. Eine Planwirtschaft sei nicht entstanden, sondern eine planlose Wirtschaft. Hier sei ein Beispiel dafür daß man den Zwang nicht überspannen darf. Wenn er überall losgelassen war, so mußte man sich klar sein, daß er im Wohnungswesen nicht allein aufrechterhalten werden konnte. Dadurch werden auch zahlreiche andere Gewerbe in Mitleidenschaft gezogen. Aber von dem Standpunkte des Mieters ist die bestehende Zwangswirtschaft ebenso zu verwerfen wie vom Standpunkte des Hausbesitzers aus. Ein planvoller Abbau, der keine Aufhebung des Zwanges von heute zu morgen bedeute, sei unabsehbar und müsse die Mieten wieder auf den Friedensstand bringen. Unorganisch sei endlich die Steuergesetzgebung des Reiches gewesen. Dr. Rühl erklärte, daß er drei Steuern zur Deckung des Finanzbedarfes ansiehend erachte, nämlich eine richtig ausgedachte Einkommensteuer, eine Umsatzsteuer und eine in fünfjährigem Abstand zu erhebende Vermögenssteuer. Die Vielheit der Steuern schaffe heute einen Anreiz zur Steuerhinterziehung. Es sei denkbar, daß auch einer, der den guten Willen dazu habe, zurzeit den Anforderungen der Behörden nicht entsprechen könne. — Eine schwere Not des Hausbesitzes liege endlich in den Schwierigkeiten des Realkreditwesens begründet. Die gesunden Grundlagen des deutschen Realkredits sind vernichtet. Der Währungsbrunt, hervorgerufen durch Finanznot aus der Nachkriegszeit, ist die eine Ursache. Die zweite ist, daß die 35 Milliarden deutscher Spar- und Rentensparbänken beim Bankrott auf der Strecke geblieben sind. Damit war auch das Vertrauen der Wirtschaft, es war der deutsche Sparfiskal vernichtet. Viel wesentlicher als die Aufwertung ist es heute, daß die Voraussetzungen für eine Neubildung des verlorenen Kapitals geschaffen werden. Staats- und Privatwirtschaft müssen wieder in Ordnung gebracht werden. Eine rechtliche Bürgschaft ist für den Darlehaber von Hypotheken in dem Gesetz vom 23. Juli v. J. bereits gegeben; Hypotheken sind danach in Zukunft werthaltend. Aber die rechtlichen Sicherungen fruchten noch nicht, solange die Wohnungswirtschaft das große tatsächliche Kredithemmnis bleibt. Der Rele neigt zu der Auffassung, daß das Verschwinden der Hypotheken durch die Inflation eine günstige Lage für den Hausbesitz geschaffen habe. An die Stelle des Hypothekengläubigers hat sich aber der Staat gesetzt. Der Hauseigentümer erscheint heute nicht mehr als der eigentliche Besitzer sondern nur mehr als der mäßig bezahlte Verwalter. Nicht einmal die 40 Prozent, die ihm nach dem Gesetz als Haustrag bleiben sollen, sind als solcher anzusprechen, denn es gehört ihm davon nur das Verwaltungsgeld in Höhe von 5 bzw. 2 Prozent. Daraus folge: Ein Haus von 100 000 M. Friedenswert ergebe heute nur mehr eine Friedensmiete als Rente. Sohin sei sein Kapitalwert heute 5000 M. Die 1. Hypothek gehe daher nur bis 2500 M. In dieser Tatsache liegt die katastrophale Wirkung der Zwangswirtschaft am Tage. Wir müssen wieder zur freien Wohn- und Kreditwirtschaft zurück. Freilich, selbst dann wird das Privatkapital die kurzfristigen Anlagen noch lange bevorzugen. Deshalb muß ein erheblicher Teil der Mietinssteuer dem Realkredit auch für die alten Häuser nutzbar gemacht werden. Ferner muß das Siedlungswesen viel mehr als bisher auf eigene Füße gestellt werden. Die Sächsische Bauvereinsbank kann einen Weg dazu weisen. Zuletzt müssen die bald anzusammelnden großen Reserven

der Anstalten der Sozial- und Privatversicherungen durch geeignete Gesetze dem Realkredit wieder eingeschlossen werden. Dresden. Am Freitag fand auf der Gerhart-Hauptmann-Straße bei einer sogenannten Schwarzfahrt ein Autounfall mit tödlichem Ausgange statt. Der Kraftwagenführer fuhr übermäßig schnell und verlor die Gewalt über den Wagen. Ein Insasse wurde herausgeschleudert und fiel so unglücklich, daß er an Ort und Stelle verstarb, während eine Frauensperson und der Fahrer mit leichten Verletzungen davongekommen sind. Einzig und allein trifft die Schuld den Kraftwagenführer L., der festgenommen worden ist und der Staatsanwaltschaft zugeführt wurde.

Bauhen. In der letzten Stadtoverordnetenversammlung warf der sozialdemokratische Staatsanwalt Beland der Polizei Parteilichkeit vor, indem sie gegen links bei jeder Gelegenheit einschreite, bei Regimentstagen und sonstigen Veranstaltungen der „Reaktion“ aber die Augen zudrücke. Während Polizeibezirksamtsrat Stadtrat Dr. Förster die Vorwürfe zurückgab, hobelte es seitens der Linken von Schimpfworten und Zwischenrufen. Das veranlaßte den deutschnationalen Stadtoverordneten Hoffmann das Benehmen der Kommunisten als Gassenjungenart zu bezeichnen. Der Stadtrat Hoop sprang vom Ratstische auf, eilte durch den Saal auf Hoffmann zu, und es wäre zu Tätlichkeiten gekommen, wenn nicht der Stadtoverordnete Jung dazwischen gesprungen wäre. Inzwischen eilte der Fahrer der sozialdemokratischen Fraktion Selke Hoop zu Hilfe, und beide drangen vereint auf Hoffmann ein, der aber von den Mitgliedern der Rechten schweigend umringt wurde. Während der erregten Szenen tobte minutenlang ein wilder Tumult, in dem jedes Wort unterging und aus dem man nur rohe Schimpfworte heraushörte. Als die Lage gefährlich zu werden drohte, wollte der Ratstabeater auf Befehl des Polizeichefs herbeistürzen. Doch stemmte sich die kommunistische Stadtoverordnete Frau Bitter gegen die Tür und hinderte den Diener mit Gewalt am Hinweggehen. Schließlich mußte die Sitzung unterbrochen werden. Doch setzte nach Wiedereröffnung derselben der Sturm erneut ein, indem der kommunistische Stadtoverordnete Benzel unter fortwährenden Fäulstromein drohte, die Sitzung so lange führen zu wollen, bis Hoffmann seine Beleidigung zurückgenommen habe. Erst allmählich legte sich der entsetzliche Lärm.

Reichenberg. Ein Großfeuer wüthete in der Nacht zu Sonntag den dem Gasthausbesitzer Schlade gehörigen Gasthof zum Stadtkeller, eine der bekanntesten Wirtschaften am Orte, vollständig ein. Da in dem Gasthof zugleich die amtliche Post- und Fernsprechemittlungsstelle untergebracht ist, war der gesamte Post- und Fernsprecheverkehr sowohl innerhalb der Stadt wie auch außerhalb völlig unterbrochen. Durch den herrschenden Sturm war zeitweise auch die Umgegend herbeigeleiteten Feuerwehren gelang es gegen 5 Uhr morgens, den Brand zu löschen. Die Entstehungsurache ist noch unbekannt. Der Schaden ist beträchtlich.

Borna. Auf der Grube in Deutzen wurde der 18 jährige Arbeiter Tischler bei Hochbaggerarbeiten durch herabfallende Erdmassen verschüttet, und nach einhändigem Suchen fand man die Leiche.

Eibensdorf. Hier ist das Fabrikgebäude der Bürstenfabrik Bedr. Frey an der neuen Querbacher Straße bis auf die Grundmauer übergebrannt. Der Schaden ist sehr bedeutend. Die Entstehungsurache des Brandes ist noch unbekannt.

Dresdner Schlachtviehmarkt.

16. Juni 1924.

Auftrieb: 177 Ochsen, 202 Bullen, 165 Kalben und Kühe, 698 Käber, 282 Schafe, 2145 Schweine. Goldmarkpreise für 50 kg. Lebendgewicht: Ochsen 25—55, Bullen 30—48, Kalben und Kühe 18—52, Käber 44—73, Schafe 24—54, Schweine 36—54.

Produktenbörse.

16. Juni 1924.

Weizen 14,7—15,2. Roggen inländisch 14,60—15,10. Sommergerste 15—16,50. Hafer 13,80—14,30. Weis 16,50—17. Erbsen 20—21. Trockenschnitzel 9,50—10. Zuderschnitzel 14—17. Weizenkleie 7,80—8,20. Roggenkleie 8,80—9,2. Weizenmehl 25—26. Roggenmehl 23,5—25. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Goldmark.

Hierzu eine Beilage.